

Dokumentation

Forschung und Krieg

Rede von DFG-Präsidentin Professorin Dr. Katja Becker anlässlich der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung 2022 der DFG

Freiburg im Breisgau, 28. Juni 2022



forschung

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft
2/2022



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Forschung und Krieg – ein Zusammenhang, von dem ich im Traume nicht dachte, dazu einmal eine Rede zu halten, schon gar nicht im Amt der DFG-Präsidentin.

Denn Sinn und Zweck unserer Forschungsförderung ist zunächst, Wissen zu mehren und Synergieeffekte aus dem Miteinander der Forschenden zu verstärken, das heißt, Kooperation zu ermöglichen und ihren Forschungsmehrwert zu schützen zum Wohle und im Dienste aller Menschen.

Unserem Selbstverständnis nach treten Kriegsereignisse dabei vornehmlich als Verhinderungsgrößen auf: Wo Krieg herrscht, kann man nicht forschen. Das erfährt derzeit die ethnologische Feldforschung in der nordäthiopischen Provinz Tigray; es betrifft seit Jahrzehnten ebenso archäologische Grabungen im Nahen und Mittleren Osten. Schon in dieser Hinsicht sind Krieg und Forschung Konstanten unseres Handelns; doch war es uns möglich, seit 1945 und bis in den Februar dieses Jahres hinein, Kriege als eher lokale Forschungshürden zu betrachten. Keinesfalls sollten Kriege zum handlungsleitenden Motiv unserer Förderpraxis werden – selbst in den Jahren der Pandemie sprachen wir allenfalls metaphorisch vom „Krieg gegen das Virus“.

Nun teilen wir in Europa erneut, und seit dem Bosnienkrieg mit seinen Gräueltaten zum ersten Mal wieder, ein Gefühl der Fassungslosigkeit und Bestürzung: Häufig ist derzeit die Rede von einem „Erwachen alter und überwunden geglaubter Reflexe“. Und fast ungläubig müssen wir konstatieren: Statt die bisherige europäische Friedensordnung festigen zu können, fließen nun Milliarden in eine in der jüngeren Geschichte beispiellose Remilitarisierung.

Doch war die Annahme, es ginge gegenüber dem ehemaligen Systemkonkurrenten im Osten mit

weniger militärischen Mitteln, kein naives Unverständnis. Sie war vielmehr rational begründete Hoffnung – trotz der Bedrohungsszenarien, die Präsident Putin auch öffentlich bereits seit langer Zeit formuliert hat.

Vonseiten der DFG war es der ernst gemeinte Versuch, internationale Beziehungen zu gestalten allein durch die Macht und die Wirkung von Dialog und Kooperation. Diese Hoffnung war nie blindes Vertrauen, sie war methodisch geboten.

Eben jene Hoffnung wurde nun erschüttert, und enttäuscht wurden unsere vielseitigen politischen und zivilgesellschaftlichen Bemühungen um Annäherung an Russland und, vonseiten der DFG, um Kooperation mit institutionellen Partnern. Der russische Angriffskrieg ist die größte menschengemachte Katastrophe in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs, er ist der offene Bruch von internationalen Verträgen und geopolitischen Sicherheitsgarantien. Er ist ferner eine der größten humanitären Krisen unserer Zeit. Dies auch, da die territoriale Integrität eines europäischen Partnerlands mit einem Handstreich und unter den Augen der Weltgemeinschaft an Bestand verliert.

Und weder ist ein Ende in Sicht, noch sind weitere Risiken gebannt. Die Kriegsfolgen greifen längst auf viele Länder über: sei es durch Flüchtlingsströme, sei es durch den mehr oder minder offenen Wirtschaftskrieg zwischen dem Westen und Russland samt sich abzeichnender Energiekrise in Europa und im Schatten einer heraufziehenden globalen Hungerkrise, deren Auswirkungen in Teilen der Welt bereits jetzt dramatisch sind.

Die Bundesregierung spricht daher von einer „Zeitenwende“, einer einschneidenden Gegenwart, die Vergangenes hinter sich lässt und eine neue Zukunft in Aussicht stellt. Doch wissen wir heute noch nicht, worin diese Zukunft besteht und was zu ihrem Erreichen zu tun ist. Auch das Entwerfen möglicher (Nachkriegs-)Szenarien



Foto: DFG/Andreas Gerhardt

stellt nurmehr den Versuch dar, der Komplexität des Geschehens zu begegnen. Einer Komplexität, zu der auch die Frage gehört, wie wir als deutsche und internationale Wissenschaft mit kriegerischer Gewalt umgehen, in deren Dunstkreis es keine freie Forschung geben kann.

Zum Erwachen hat übrigens bereits Hegel festgehalten: „Indem wir erwachen, finden wir uns zunächst in einem ganz unbestimmten Unterschiedensein von der Außenwelt überhaupt.“ Von da ab, fährt Hegel fort, „öffnen wir die Augen, um zum völligen Wachsein und zur Gewissheit desselben zu gelangen“¹. Auch die neue Wissenschaftsaußenwelt müssen wir erst noch erfassen und auf den Begriff bringen.

Der Krieg bedroht nicht nur die Werte eines freien Europas, sondern auch die einer freien Wissenschaft. Autonomie und Selbstbestim-

mung sind politische, aber ebenso wissenschaftliche Werte. Die DFG hat daher gemeinsam mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen die Förderung ihrer institutionellen Kooperation mit Russland vorerst eingestellt. Diese weitreichende Entscheidung ist unmittelbarer Ausdruck unserer tiefen Anteilnahme und Solidarität mit der Ukraine.

Die Maßnahmen sind Teil einer auch internationalen Antwort, mit der Politik, Zivilgesellschaften und eben auch die Wissenschaft in vielen Ländern bekunden, dass dieser völkerrechtswidrigen Aggression mit allen friedlichen Mitteln begegnet werden muss. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lernen wir dabei unsanft: Die hiezulande durch das Grundgesetz geschützte Wissenschaftsfreiheit, die sich unser Land hart erarbeitet hat und um deren Verwirklichung und Bewahrung sich die DFG beständig bemüht, ist weder selbstverständlich noch aus sich heraus robust. Vielmehr bedarf Wissenschaftsfreiheit eben auch stabiler politischer

¹ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften III § 399, Werke Bd. 10 (1970), S. 97.

Rahmenbedingungen. Schwinden diese, ist sie bedroht. Und so zwingt uns der russische Angriff auf die Ukraine dazu, unsere intrinsische Motivation, Forschung zu fördern und gemeinsam über dringliche wissenschaftliche Fragen nachzudenken, zumindest regional und temporär begrenzt ruhen zu lassen.

Lassen Sie mich den Preis des Krieges, den die Wissenschaft zahlt, konkreter erläutern: In der Ukraine selbst kommt Forschung zum Erliegen. Davon betroffen sind auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Feldforschung vor Ort nun unmöglich ist; Austausch aller Art, und insbesondere die der Studierenden, enden. Auch historische Archive und Forschungsbibliotheken sind nicht nur weitgehend geschlossen, ihren Beständen droht die Vernichtung durch Brandanschläge oder Raketenbeschuss. Wenige dieser Forschungsressourcen sind erschlossen oder digitalisiert, darunter Zeugnisse von Holocaustopfern oder Akten von Geheimdiensten verschiedener Länder. Diese Dokumente haben einen genuinen Wert für die kulturelle Identität der Ukraine, aber nicht weniger für das Verständnis unserer eigenen Vergangenheit. Dabei bleiben Beschädigungen an weiteren, teils hochmodernen Forschungseinrichtungen wie Laboren oder Experimentalanlagen noch unerwähnt. Ihre Zerstörung bedeutet massive Forschungsrückschritte, doch können Infrastrukturen – hoffentlich bald – wiederhergestellt werden, was auf historische Dokumente leider nicht zutrifft. Und was unwiederbringlich verloren ist, ist das Leben der ukrainischen Forscherinnen und Forscher, die ihre wissenschaftliche Arbeit unterbrochen haben, um für ihre und unser aller Freiheit zu kämpfen.

Das Ausscheren Russlands aus den Selbstverständnissen freiheitlicher Ordnungen fügt auch der dortigen Wissenschaft erheblichen Schaden zu. Denn auch die russische Spitzenforschung ist eingebettet in internationale Zusammenhänge. Ihre Isolierung infolge der westlichen Sanktio-

nen dürfte ihren Stand hart treffen. Ein gewisser Braindrain setzt bereits ein und dürfte noch zunehmen, denn die Qualität bisheriger Kooperationen mit dem Westen ist nicht ohne Weiteres durch Projekte mit anderen Partnern zu kompensieren. Doch nicht nur von außen, auch von innen heraus werden Forschungsbedingungen in Russland untergraben. Die bekannten offenen Protestbriefe gegen den Krieg, der in Russland so nicht genannt werden darf, sind bis zur Sperrung der Internetseiten von über 8300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – darunter namhafte Akademiemitglieder – und von über 10000 Studierenden und Hochschulangehörigen unterschrieben worden. Sowohl für diejenigen, die die Briefe öffentlich unterzeichnet haben, als auch für die, die sie im Stillen unterstützen: Für sie alle wird freie Forschung zum Lebenswagnis.

Der Krieg und seine Auswirkungen behindern die Forschung also auf vielfältige Weise. Und so durchkreuzt er auch das Selbstverständnis vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich auch hierzulande und besonders in Krisenzeiten eigentlich als Brückenbauer nach Osteuropa verstehen und als solche in der Vergangenheit oft positiv und produktiv gewirkt haben, ganz besonders im schon methodisch komparatistischen Ansatz der Slawistik, aber ebenso in den Osteuropa-Studien, in Mathematik und Geografie, in Natur- und Technikwissenschaften.

Hinzu kommt: Viele der von der DFG geförderten und nun betroffenen Gemeinschaftsprojekte thematisieren jene globalen Herausforderungen wie den Klimawandel oder das Artensterben, für deren Bewältigung gerade die grenzüberschreitende wissenschaftliche Zusammenarbeit unerlässlich ist.

Dass wir nun neue Grenzen einziehen müssen, ist in vielen Hinsichten schmerzhaft; noch schmerzhafter aber ist die Situation für die Menschen in der Ukraine.

Auch viele Forschende in Russland, und mit ihnen ihre Partnerinnen und Partner in Deutschland, befürchten derzeit nichts so sehr wie die politische Gleichschaltung ihres Wissenschaftssystems; dort kursiert aktuell die Angst vor Repressalien. Wissenschaftsfreiheit ist somit immer weniger eine abstrakte Größe, sondern wird zum entscheidenden Maßstab, der die Qualität des täglichen Arbeitens bestimmt.

So wird der Krieg zu einem Schlund, der auch die Möglichkeit neutraler Positionen zu vertilgen scheint. Allein – in den Räumen einer gewissen vopolitischen Neutralität florierten wissenschaftliche Kooperationen bisher auch mit einer Vielzahl nicht demokratischer Länder. Diese Räume allerdings sind nicht einfach gegeben. Sie wachsen allmählich durch die kollegialen Austausche und internationalen Netzwerke der Forschenden weltweit; angebahnt und begleitet, unterstützt und institutionalisiert durch die internationale Zusammenarbeit der Förderorganisationen, etwa auf europäischer Ebene oder weltumfassend im Global Research Council. Die vopolitische Neutralität dieser Vertrauensräume der Forschenden gehört leider zu den ersten Opfern kriegerischer Angriffe. An die Stelle ihrer Neutralität tritt ein Gebot zur nationalen Parteinahme, welches das wechselseitige Vertrauen der Forschenden infrage stellt. Dieses Gebot speist auch das unfassbare, offen formulierte Bekenntnis der russischen Hochschulrektoren zu Krieg und Patriotismus.

In der Folge waren auch wir als zentrale Selbstverwaltungseinrichtung für die Wissenschaft in Deutschland gezwungen, die Maximen zu befragen, die auch unserer Gesellschaft bisher Ausrichtung gaben. Das Gebot „Wandel durch Handel“, in der Wissenschaft vielleicht eher „Wandel durch Austausch“, war nicht mehr tragfähig.

Und gerade weil Deutschland bis zum Ausbruch des andauernden Krieges gemeinsam mit den USA zu den wichtigsten Kooperationsländern der

russischen Wissenschaft gehörte, darf der Wert dieser Zusammenarbeit nicht bagatellisiert werden. Und genau deshalb das Einfrieren: weil wir sonst kaum an anderer Stelle gegenüber anderen Partnern weltweit glaubhaft für unsere Werte einstehen könnten. Weil wir eine Grenze ziehen müssen, um die humanistisch-progressiven Ziele unseres Handelns nicht zu gefährden durch eine unkritische und gedankenlose Zusammenarbeit.

Wissenschaft kann nur beitragen zum Wohle der Menschheit, insoweit sie sich nicht über dieses Wohl erhebt. Das ist ein einfacher und bekannter Grundsatz. Kein noch so guter Zweck heiligt die Mittel, wenn dadurch Menschen zum bloßen Mittel werden. Nur im Rahmen dieser Grenzen gilt die Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Eine Positionierung ist daher alternativlos – im Sinne der Menschlichkeit, wenn auch zulasten des wissenschaftlichen Fortschritts.

Die Maßnahmen der Wissenschaft zielen dabei ausschließlich auf die institutionelle Seite der Zusammenarbeit, und wir unterscheiden bewusst zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Denn wir wissen alle um die wichtige Rolle von persönlichen Wissenschaftsbeziehungen und bemühen uns daher, die individuellen Gesprächskanäle zwischen deutschen und russischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offenzuhalten.

Nur so können wir nach einem hoffentlich baldigen Ende des Krieges die bisherigen, stabilen Brücken der Wissenschaft in die russische Gesellschaft wieder begehbar machen. Auch deshalb hätten wir gerne unser Moskauer Büro weiterhin betrieben. Zwanzig Jahre haben wir als DFG investiert, dieses Büro aufzubauen, das an die Tradition von mehr als 300 Jahren wissenschaftlicher Beziehungen anknüpfte. Leider wurden wir im April 2022 von der russischen Regierung gezwungen, das Büro zu schließen und uns formal aus dem Land zurückzuziehen.



Damit ist zugleich eine grundsätzliche Frage berührt: Kann Forschung überhaupt beitragen zum Frieden?

Lassen Sie mich die Frage zunächst im Sinne eines *Advocatus Diaboli* umkehren: Hat Forschung nicht stets zur Waffenfähigkeit beigetragen?

Nicht erst im Schatten der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki 1945 sowie der inzwischen wieder in Erinnerung gerufenen möglichen Nutzung von Nuklearwaffen besteht für die Wissenschaft bei dieser Frage eine besondere Verantwortung. Bereits 1936 hielt ein Verbund namhafter Wissenschaftler in einem offenen Brief in der Zeitschrift *Nature* fest: „Science has given modern warfare its catastrophic character.“²

Als DFG müssen wir uns dieser Verantwortung in besonderer Weise stellen. Die Beiträge der

deutschen Wissenschaft im Dritten Reich zu Autarkie und Rüstung sind offensichtlich.³ Und doch lässt sich der Zusammenhang von Krieg und Forschung auf einen bestimmten historischen Zeitraum überhaupt nicht beschränken: Krieg beruht seit jeher auch auf wissenschaftlichem oder proto-wissenschaftlichem Wissen. Die Machbarkeit des Krieges hat stets zu tun mit der Verfügbarkeit von Technologien und dem entsprechenden Know-how. Und beides hat stets wissenschaftliche Ursprünge und Voraussetzungen. Es gibt daher, so könnte man zuspitzen, keinen Krieg, an dem die Wissenschaften und ihr Fortschritt gänzlich unbeteiligt wären. Krieg und Forschung – das ist leider eine sehr alte *Liaison*.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns umso mehr fragen, wie Forschung aus der Umklammerung kriegerischer Indiennahme gelöst werden und zum Frieden beitragen kann.

Das Mindeste, was die Wissenschaft tun kann, um den Zynismus von Krieg und Gewalt einzudämmen, besteht darin, Waffen und Technologien, aber auch wissenschaftliches Wissen generell vor Missbrauch zu schützen. Für die Organisation einer sich als wertebunden verstehenden Wissenschaft bedeutet dies, sich selbst klare Regeln zu geben. Diese Regeln finden unter dem Stichwort „dual-use research of concern“ längst Eingang in Fragen der Wissenschaftsorganisation; diese und weitere Fragen einer friedensorientierten Forschungsförderung, die gleichzeitig die Bedarfe des eigenen Landes in Bezug auf seine Friedenssicherung berücksichtigt, dürften in Zukunft vermutlich noch intensiver diskutiert werden.

Neben der Minimierung der Anwendungsrisiken potenziell kriegstauglicher Forschung kann Wissenschaft aber auch aktiv Impulse setzen, um die Ursachen und Dynamiken von Konflikten besser zu verstehen. Durch Erkenntnistransfer und Politikberatung liefert die Friedens- und Konfliktforschung Beiträge, um kriegerischen Auseinandersetzungen vorzubeugen, sie einzuhegen, beizulegen oder Bedingungen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Für dieses Forschungsfeld ist es von besonderer Bedeutung, politisch und weltanschaulich unabhängig zu arbeiten. Wichtig ist es zudem, die Interdisziplinarität des Forschungsfelds weiter auszubauen, so der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme von 2019.⁴

Als *Desiderat* der hiesigen Friedens- und Konfliktforschung gilt ihre naturwissenschaftliche und technische Komponente, die sich etwa mit Fragen der Cybersicherheit, autonomen Waffensystemen sowie Bedrohungen durch ABC-Waffen beschäftigt.⁵

Lücken in der Friedens- und Konfliktforschung zu identifizieren ist heute dringlicher denn je.

Und wie auch auf vielen anderen Feldern der Wissenschaftsorganisation kann und wird die DFG hier das ihrige tun. Gleichzeitig erfordert Forschungsförderung im internationalen Kontext intensivierete Abstimmungen verschiedener Akteure in Wissenschaft und Politik.

Kant formuliert übrigens in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* die These, dass Demokratien – bei Kant Republiken – keine Kriege führen oder doch zumindest nach außen friedfertiger sind, weil die Bürgerinnen und Bürger sich aus rationalen Gründen dagegen entscheiden würden. Zwar lässt sich Kants These in dieser Allgemeinheit empirisch nicht nachweisen, weil mittlerweile klar ist, dass Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien ähnlich unfriedlich sind wie Nicht-Demokratien untereinander. Aber es gilt weiterhin, dass sie gegeneinander keine Kriege führen.⁶

Diese Einsicht lehrt uns, dass es eine Rationalität des Friedens gibt, die es zu entdecken und zu erforschen gilt. Diese Rationalität ist schon heute ein Argument für Demokratien in Anbetracht ihrer Bedrohung durch „autoritäre Versuchungen“⁷ in Deutschland, Europa und weltweit. Diese Rationalität des Friedens weiter freizulegen ist somit unsere Aufgabe als Forscherinnen und Forscher, aber nicht weniger als Demokratinnen und Demokraten.

Damit eine friedensorientierte Forschung auch über Ländergrenzen hinweg möglich ist, braucht es sichere und vertrauensvolle Kooperationen. Dazu gehört auch, das Kriterium der Wissenschaftsfreiheit zu messen und handlungssicher zu definieren. Der *Academic Freedom Index* bietet dazu Anhaltspunkte; ausgehend von diesen

² Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 4 (2010), S. 203.

³ Ebd., S. 49.

⁴ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung (2019), S. 8.

⁵ Ebd., S. 61.

⁶ Anna Geis; Harald Müller; Niklas Schörmig, „Liberaler Demokratien und Krieg“, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB), 17. Jg. (2010) Heft 2, S. 171–202. Vgl. Bruce Russett, *Controlling the Sword* (1990). Ders., *Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World* (1993).

⁷ Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen* (2018).

müssen Wissenschaft und eine ressortübergreifende Politik gemeinsam „Kippunkte“ verabreden, wie Georg Schütte es vor Kurzem formuliert hat.⁸ Der Förderstopp muss dabei bleiben, was er ist: *ultima ratio*.

So heißt, dem Frieden Raum geben schließlich auch, die Begegnungsräume der internationalen Forschung so rasch wie möglich wieder zu öffnen und in ihr vopolitisches Recht zu setzen. Es darf allerdings nicht bedeuten, politisches Unrecht auszublenden. Vielmehr müssen wir aus Konflikten kontinuierlich lernen und die Robustheit der Kriterien der Zusammenarbeit weiter optimieren.

Grenzüberschreitende Forschung ist kein Selbstzweck, sondern muss in Abwägung zu anderen

ethischen Gütern gewonnen werden. Nur dann kann diese Forschung tatsächlich dem allgemein Guten dienen.

Von Karl Jaspers ist das Zitat überliefert: „Wahr ist, was uns verbindet.“⁹ Mit der russischsprachigen Welt verbinden uns Jahrhunderte wechselseitigen wissenschaftlichen Austauschs. Mit der Ukraine sind wir zudem solidarisch im Jetzt verbunden und werden uns mit aller Macht für den schnellen Wiederaufbau der Wissenschaft einsetzen.

Was uns dabei verbinden wird, wird getragen sein von dem, was unsere Forschenden gemeinsam entdecken. Forschungsförderung ist Wahrheitssuche, aber diese selbst ist schon Verbundenheit in Neugier.

⁸ Georg Schütte, „Eiszeit für die Wissenschaft“, FAZ vom 31.03.2022.

⁹ Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte (1949).

Ausführliche Informationen und Filmmitschnitte zur DFG-Jahresversammlung 2022:

www.dfg.de/service/presse/jahresversammlung_2022



forschung

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft
2/2022

